

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde

Mai 2008

Diese Koalition braucht Druck

Wir wollen Lösungen statt Losungen

Im April hat der Landtag endlich beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) über ein Sozialticket zu verhandeln. Seit vielen Jahren setzen sich Brandenburger Bürgerinnen und Bürger und auch die Linksfraktion für die Einführung eines solchen Tickets ein. Zehntausende hätten es bisher schon gut gebrauchen können, um trotz zunehmender Armut besser mobil sein zu können.

Nun hat eine Volksinitiative dazu beigetragen, ein entsprechendes Nachdenken bei der SPD auszulösen. Das ist erfreulich. Der Eindruck allerdings, dass ein Sozialticket in Brandenburg nun beschlossene Sache ist, trägt. Noch gibt es keinen Beschluss des Aufsichtsrates des VBB zur Einführung des Tickets.

Die letzten Monate haben gezeigt, diese Koalition braucht den Druck der Straße, von Volksinitiativen und Opposition, um sich in der sozialen Frage



zu bewegen, denn nur sinkende Umfragewerte und die bevorstehende Kommunalwahl haben die SPD zum Einlenken gebracht. Noch im Februar hat sie ein Sozialticket im Landtag abgelehnt. Erst als klar wurde, dass 76 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger es befürworten, vollzogen die märkischen Sozialdemokraten eine Kehrtwende. Erst als sich das breiteste außerparlamentarische Bündnis in der Brandenburger Geschichte formierte, waren Baaske und Platzeck bereit, mit ihrem Koalitionspartner zu reden.

Deshalb darf der Druck jetzt nicht nachlassen. Offen ist die Finanzierung eines solchen Tickets, aber auch viele praktische Fragen zu seiner Einführung sind noch nicht klar. Deshalb ist das Volksbegehren wichtig. Jetzt müssen die Brandenburgerinnen und Brandenburger ihrer Regierung weiter Druck machen, damit das Ticket auch wirklich kommt. Schöne Worte reichen nicht mehr.

Thomas Nord,

Landesvorsitzender Brandenburger LINKE

In dieser Ausgabe

Wie weiter mit
IMPULSE?

Seite 2

Report aus Land-
und Bundestag

Seite 3

Besuch in der
Kommune

Seite 4

Die unendliche
Geschichte vom
Klub am See

Seite 5

Was Kinder brauchen

Seite 6

»An meine
Landsleute«

Seite 7

Marx und Modrow

Seite 8

Vorschlag für Tagesordnung des 1. Bundesparteitages am 24. und 25. Mai in Cottbus

1. Eröffnung und Konstituierung.
2. Reden der Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine.
3. Aussprache und Beschlussfassung zu den Aufgaben der Partei bis zur Bundestagswahl 2009 und zur Rentenkampagne der LINKEN.
4. Berichte an den 1. Parteitag.
5. Wahlen
 - des Parteivorstandes;
 - der Bundesschiedskommission;
 - der Bundesfinanzrevisionskommission.
6. Zur Arbeit der Bundestagsfraktion und der Gruppe im Europäischen Parlament.
7. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an den Cottbuser Parteitag.
8. Schlusswort.

Antragsschluss für den 1. Parteitag war der 12. April 2008. Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Bundessatzung und der Wahlordnung der Partei DIE LINKE. Mitglieder, die ihre Kandidatur vorab öffentlich machen wollen, können bis zum 5. Mai 2008 einen Text (max. 2.000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto an die Bundesgeschäftsstelle in Berlin einreichen.

63. Jahrestag der Befreiung



8. Mai 2008, 17 Uhr

Stille Kranzniederlegung an der Gedenkstätte »Seelower Höhen«, anschließend auf dem Friedhof

Der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der LINKEN in Märkisch-Oderland schließen sich dem Aufruf des Stadtverbandes Seelow an.

17.00 Uhr, Stilles Gedenken an der Gedenkstätte Seelow, anschließend stilles Gedenken auf dem deutschen Soldatenfriedhof Seelow

Alle Bürger sind eingeladen! Stadtverband Seelow **DIE LINKE.**

**Aus dem
Kreisvorstand**

Die Entwürfe der Kreissatzung und des Kreiswahlprogramms für die Kommunalwahlen 2008 konnten nach ihrer Verabschiedung im Vorstand der Basis zur Diskussion übergeben werden. Eine Kreissatzung zu entwerfen, ging auf einen Beschluss des 1. Kreisparteitages zurück, um all die Dinge zu regeln, die in der Landessatzung nicht konkret für die Kreisebene festgelegt sind. Das betrifft hauptsächlich die Struktur des Kreisverbandes, die Arbeit des Kreisparteitages und des Kreisvorstandes. Jetzt bitten wir Euch um Meinungsäußerungen und Änderungsvorschläge zur weiteren Qualifizierung des Entwurfs.

In die jetzige Fassung des Kreiswahlprogramms, die von den Genossen Heinze, Sachse und Schäfer erarbeitet wurde, sind eine Vielzahl Änderungsvorschläge von Genossinnen und Genossen bereits eingeflossen. Eure Diskussion dieses Entwurfs sollte zu weiterer inhaltlicher Anreicherung, nicht unbedingt an Umfang führen, damit wir mit kurzen, präzisen Aussagen in den Wahlkampf ziehen können. Wir bitten Euch, Änderungsvorschläge bis 15. Mai an die Geschäftsstelle zu senden. Die Redaktionskommission wird dann dem Parteitag Änderungsvorschläge zu beiden Dokumenten unterbreiten.

Wolfram Wetzig,
Kreisgeschäftsführer

Wie weiter mit »IMPULSE«?

Die Delegierten des 1. Kreisparteitages haben dem Kreisvorstand den Auftrag erteilt, das Konzept »Impulse« neu zu gestalten.

Der Kreisvorstand beauftragte Renate Adolph, zusammen mit einer Arbeitsgruppe einen Vorschlag zu unterbreiten und die Frage zu beantworten: wollen wir eine Mitgliederzeitung oder Bürgerzeitung? Wie erreichen wir die anderen Einwohner von Märkisch-Oderland?

Die Arbeitsgruppe prüfte verschiedene Vorschläge, führte Verhandlungen und holte Preiskalkulationen ein mit dem Ziel, einen Vorschlag zur Neugestaltung unserer Öffentlichkeitsarbeit zu unterbreiten, der die Information unserer Mitgliedschaft gewährleistet, eine breite Öffentlichkeit erreicht, mit geringstem Verteilungsaufwand umzusetzen und vor allem finanzierbar ist.

Die Quadratur des Kreises? Von Anfang an stand fest: einfach wird es nicht, und Schmerzen wird es auch bereiten. Schließlich sollte etwas verändert werden, was seit 18 Jahren mit viel Engagement, Zeit- und Kraftaufwand und mit unendlich viel Herzblut einer Vielzahl von Genossinnen und Genossen entwickelt und am Leben erhalten wurde: unsere IMPULSE.

Unser Verteilungssystem ist mit unserer Mitgliedschaft in die Jahre gekommen. Vielerorts ist die Verteilung nur noch mit äußerster Kraftanstrengung zu schaffen, denn die 5000 Exemplare gilt es nicht nur im Kreisgebiet auszuliefern, sondern sie müssen auch noch in die Briefkästen unserer Mitglieder und Sympathisanten.

Und wie bringen wir den anderen Einwohnern unseres Landkreises linke Politik nahe? Rundfunk, Fernsehen und Tageszeitungen berichten gern über Unstimmigkeiten in unserer Partei, aber selten über politische Inhalte.

»Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!«

Das Anliegen war klar, der Finanzrahmen war abgesteckt (und Dank der Spendenbereitschaft der Abgeordneten und anderer Funktionsträger auch wesentlich erweitert), Ideen vorhanden, genau so viele wie verschiedene Meinungen.

Jetzt musste der Kreisvorstand einen Kompromiss finden, der allen Ansprüchen genügen sollte. Und so sieht er aus:

- IMPULSE erscheint im Mai vorläufig das letzte Mal in bekannter 8-seitiger Form und Aufmachung,
- ab Juli erscheint Impulse schwarz-weiß,
- 4seitig in einer Auflagenhöhe von 1000 Stück und bedient unsere Mitgliedschaft mit Informationen aus dem Leben unseres Kreisverbandes (Satz und Druck in Eigenregie),

Zeitung des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE - Märkisch-Oderland

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde Dezember 2007

Weihnachtslied, chemisch gereinigt

Morgen, Kinder, wird's nicht geben!
Wir nicht kriegt, der kriegt Gehalt!
Morgen, Kinder, lert ihr zum Leben!
Gott ist nicht allwissend, denn schuld Gottes Güte nicht ewig...
Ach, du liebe Weihnachtszeit!

Erich Kästner, 1928
(Deutschlands Gegenwart 2007 für 2,5 Millionen Kinder, die in Armut leben)



In dieser Ausgabe

Hönow braucht Begegnungsstätte Seite 2

Der Haushalt und die freien Träger Seite 3

1. Kreisparteitag der LINKEN in MOL Seite 4-5

Gegen das Vergessen und zur Erinnerung Seite 6

Fünf Jahre geb'(re)ttet Seite 7

Es weihnachtet sehr Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

Was bringt 2008?

Kommunalwahlen in Brandenburg

Wir wünschen allen gute Weihnachten und ein solidarisches 2008

Der Kreisvorstand

Redaktionsschluss für Februar 21. Januar

Neujahrsgebet
des Pfarrers von St. Lambertus zu Muenster, 1883

Herr, setze dem Überflüß Grenzen und lasse die Grenzen überflüssig werden. Lasse die Leute kein falsches Geld machen und auch das Geld keine falschen Leute. Nimm den Eberfrasen das letzte Wort und erlöse die Männer an ihr erstes. Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde. Bessere solche Beamte, Geschäfts- und Arbeitsleute, die wohl tätig, aber nicht wohlthätig sind. Gib den Regierenden gute Deutsche und den Deutschen eine gute Regierung.

Herr, Sorge dafür, daß wir alle in den Himmel kommen - aber nicht sofort.

Am 16.11. stimmte der Bundestag seiner Diktierhöhung ab 2008 und einem noch schnelleren Rentenanspruch zu, auch Peter Bierlich, SPD, stützt gewißlich in MOL/Barnim II. Und Abgeordnete, darunter alle LINKEN, votierten mit NEIN. Die LINKEN werden ihre Diktierhöhung spenden. Dagmar Enkelmann sponsort die Strausberger und Bernauer Tafeln. Love MOL vom 7.11.2007 versorgt die Strausberger Tafel inzwischen 3450 Personen mit Lebensmitteln.)

Vorschau:
14.6., 15.00 Uhr,
Gesamtmitgliederversammlung: Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag Märkisch-Oderland und weitere kommunale Vertretungen (Wahlgebiete ohne eigene Mitgliedschaft), Neuenhagen, Bürgerhaus, Hauptstraße 2-4

- Verteilung erfolgt zu den BO-Vorsitzenden und über diese an die Mitglieder,
 - mit den eingesparten finanziellen Mitteln und den zweckgebundenen Spenden werden in den Monaten Juli, August und September eine Anzeige in der Wochenendzeitung »Märkischer Sonntag« geschaltet und auf einer Drittelseite bundes-, landes- und kommunalpolitische Themen in alle Haushalte unseres Landkreises getragen (vierfarbig),
 - im September erscheint eine »Impulse extra« zu den Kommunalwahlen, für jeden Kreistag-Wahlkreis 5000 Exemplare, im Inhalt auf den Wahlkreis zugeschnitten.
- Im Oktober wird der Kreisvorstand diese neue Methode der Öffentlichkeitsarbeit analysieren, Vor- und Nachteile abwägen und dann eine neue Entscheidung treffen.
- Unabhängig davon, wie diese ausfällt, sind alle unsere Mitglieder aufgefordert, weiter an der Verbesserung der inhaltlichen Qualität unserer Impulse mitzuarbeiten. Das vielfältige Leben in unserem Kreisverband wollen wir weiterhin darstellen, ein lebendiges Podium für unsere Meinungen gestalten und die »Impulse«, in welcher Form sie auch erscheint, zu einer Publikation machen, auf deren Wiedererscheinen man leider immer einen Monat warten muss.
- Der Kreisvorstand hofft auf breites Verständnis für das Projekt sowie eine rege Mitarbeit und wünscht dem Vorhaben viel Erfolg.

Wolfram Wetzig,
Kreisgeschäftsführer

Spenden: Gute Tradition bei der Linksfraktion in Brandenburg und bei den LINKEN im Bundestag

Die Linksfraktion im Brandenburger Landtag unterstützt seit Beginn ihrer Arbeit soziale Projekte. Insgesamt spendete sie von 1991 bis Februar 2008 über 112.000 € aus ihren Diäten, allein in dieser Legislatur von Oktober 2004 bis Februar 2008 über 23.000 €: U.a. 500 € für einen Ferientaufenthalt für Kinder der nordossetischen Stadt Beslan. Die durch Geiselnahme im Herbst 2004 traumatisierten Kinder konnten so einige unbeschwerte Tage in Brandenburg erleben. Auch das Hilfsprojekt »Brillen für Kambodscha«, die antimilitaristischen Sommeraktionstage der FREIen HEIDE 2005 und das Konzert »Aufmucken gegen Rechts« in Königs Wusterhausen und Umgebung wurden von den 29 Abgeordneten mit jeweils 500 € ge-

sponsert. Im vergangenen Dezember gingen 1.000 € aus dem Sozialfond der Linksfraktion auf das Spendenkonto beim Deutschen Zentrum für herzranke Kinder, um die Herzoperation der damals sieben Monate alten Medina aus Pristina im Kosovo zu unterstützen.

Auf ihrer Februarsitzung beschloss die Linksfraktion, zwei Flüchtlingsfamilien aus dem Libanon und Tschetschenien die Umweltkarten ihrer Kinder zum Besuch der Deutschkurse mit 462 € mitzufinanzieren.

Christian Görke,
Parlamentarischer Geschäftsführer

»Das breite Spektrum der Spendenempfängerinnen und -empfänger zeigt, wie groß der Bedarf an Unterstützung in der Gesellschaft ist, insbesondere bei Kinder- und Jugendprojekten sowie im gesamten sozialen und entwicklungspolitischen Bereich. DIE LINKE sieht sich deswegen nicht nur in ihrem Spendenentscheid bestätigt, sondern wird weiterhin die soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der Politik stellen.

Ungeachtet der gespendeten Diätenerhöhung bleibt es auch bei der Forderung der LINKEN zu einer grundlegenden Reform der Abgeordnetenentschädigung. Privilegien wie die steuerfreie Ko-

stenpauschale sowie die beitragsfreie Luxus-Altersversorgung gehören dabei auf den Prüfstand. Die Fraktion hat dazu bereits einen Antrag vorgelegt, um künftig auch Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.«

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin, anlässlich der jetzt vorliegenden Übersicht, an welche Initiativen, Verbände und Vereine das Diäten-Plus seit Januar fließt.

www.linksfraktion.de/spenden_der_diaetenerhoehung_2008.php

Kein Fußbreit den Neonazis!



Am 19. April versuchte die NPD mit einem Info-stand in Strausberg Fuß zu fassen. Auch Dank der Jugendlichen, die dem Aufruf der LINKEN zahlreich folgten, kam aber deren Präsenz über den Biergeckelradius von 10 m nicht hinaus. Ab 10.00

Uhr waren LINKE, das Netzwerk für Toleranz, Bürger und Bürgerinnen der Stadt am Landsberger Tor versammelt, um Neonazis eine Absage zu erteilen.

**DIE LINKE
im Brandenburger
Landtag
sagt Ja zum
Landtagsneubau,
Nein zum
Schloss!**

**Kein Fußbreit den
Rattenfängern der
NPD!**

**[/solid] Brandenburg
unterstützte Proteste
gegen Innenminister in
Bad Saarow**

Die halbjährlichen Treffen der Innenministerkonferenz sind für Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen immer wieder Anlass, um auf die Verletzung der Grundrechte von Flüchtlingen und MigrantInnen durch rassistische Gesetze und Rechtspraxis in der Bundesrepublik hinzuweisen.

Die Brandenburger Linksjugend [/solid] unterstützte vor diesem Hintergrund den Protestaufruf des Flüchtlingsrats Brandenburg: »Wir teilen die Ansicht, dass es keinerlei Rechtfertigung dafür gibt, Menschen durch Zuweisung eines Landkreises, den sie nur mit behördlicher Genehmigung verlassen dürfen, in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und von gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen«, erklärte der LandessprecherInnenrat. »Die Residenzpflicht ist mit dem Grundrecht auf Unantastbarkeit der Würde des Menschen nicht vereinbar. Es ist höchste Zeit, die Regelung ersatzlos zu streichen!«

Gleichzeitig hat sich der Jugendverband der Mobilisierung der Initiative »Tolerantes Bad Saarow gegen alte und neue Nazis« angeschlossen. Das regionale Bündnis aus verschiedenen Gruppen und Einrichtungen wollte den Ort nicht einer angekündigten NPD-Demonstration überlassen.

www.kein-busgeld.de

Gratulation an die Volksinitiative

Zum ersten Mal in der Geschichte Brandenburgs hat eine Volksinitiative gesiegt. Dazu beglückwünscht DIE LINKE die Initiatoren der Initiative auf das Herzlichste. DIE LINKE ist froh, dass sich deren unermüdliches Engagement gelohnt hat und von Erfolg gekrönt war. Möge es ein Signal für andere und eine Ermunterung zur Wahrnehmung demokratischer Rechte sein.

Im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen und zur Landesregierung, die noch vor gut einem Monat die Ziele der Volksinitiative abgelehnt haben, hat DIE LINKE von Anfang an die Volksinitiative aktiv unterstützt.

Die bisherige Pflicht der Kreise, Elternbeiträge zur Schülerbeförderung zu erheben, ist jetzt aufgehoben.

Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, mehr Gerechtigkeit in die Schülerbeförderung zu bringen. Doch nun wird es darauf ankommen, dass der Gesetzgeber die Landkreise in die Lage versetzt, keine Elternbeiträge erheben zu müssen. Das wird DIE LINKE parlamentarisch einfordern.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende

Kreis – Kommunen – Kassen

Wechselströme im Forum »OFFEN GESAGT«



Wo bleibt das Geld, das ein Landkreis von Bund und Land erhält? Wo bleibt das Geld, das Kommunen an den Kreis zahlen?

Um mit meinen Wählerinnen und Wählern im Gespräch zu bleiben und Einblicke in politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge zu geben, lade ich monatlich kompetente Gesprächspartner in meine Reihe »OFFEN GESAGT« ein. Der Meinungsstreit zwischen Interessierten und Gästen ist mir auch für eigene Einschätzungen und Entscheidungen wichtig.

In Aprilforum untersuchten der 1. Beigeordnete des Landrates von Märkisch-Oderland, Lutz Amsel (DIE LINKE), und der Bürgermeister von Hoppegarten, Klaus Ahrens (CDU), dieses Problem. Immerhin hat MOL ein Haushaltsminus von über 38 Millionen €. Die Einnahmen reichen nicht einmal für die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben. Der Kreis hat die meisten Hartz-IV-Empfänger und die meisten Kinder in Brandenburg. Das hat

zur Folge, dass der größte Geldposten in Kitas, Schulen, Schülerbeförderung, Kosten der Unterkunft sowie Behindertenwerkstätten und Grundversicherung für Rentner mit geringen Einkünften fließt – Tendenz steigend. Das sind schon einmal 80 Prozent, die vom Kreis nicht beeinflussbar sind, erläuterte Lutz Amsel. Hinzu kommen Aufwendungen für Zinsen von Krediten, die der Kreis aufnehmen musste, um vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen, Zuschüsse für Träger im Jugend- und Sozialbereich sowie für kulturelle Einrichtungen und Baumaßnahmen. Die Gelder von Bund und Land reichen einfach nicht. Der Kreistag sah sich im Februar gezwungen, die Zahlungen der Kommunen an den Kreis zu erhöhen. Das führte natürlich zu Protesten der Kommunen, unterstrich Klaus Ahrens. Auch sie müssten mit ihren Einnahmen von Einwohnern und Gewerbe Haushalten, haben in ihrem Ort zu investieren.

Renate Adolph



Was bringt neue Kommunalverfassung?

Anfang April hatte die Basisorganisation der LINKEN Hoppegarten den rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Stefan Sarrach, zu einer Diskussionsveranstaltung zur neuen Kommunalverfassung, die mit der Kommunalwahl am 28. September in Kraft treten wird, eingeladen. Eingangs gab der Gast interessante Ein- und Ausblicke bezüglich dieser neu gestalteten Verfassung, verbunden mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten, insbesondere auch für die Parteimitglieder und die Linksfraktion der Gemeindevertretung zur noch wirksameren Interessenvertretung der Bürger. Deutlich wurde, dass mit dieser Verfassung zwar eine Stärkung des Hauptverwaltungsbeamten einhergeht, aber diese Stärkung letztlich nur im engen Zusammenwirken mit der Gemeindevertretung greift. Dazu wird es notwendig sein, dass Fragen der Demokratie und der Einbeziehung der Bürgerschaft unmittelbar über die Hauptsatzung der Gemeinde zu regeln sind.

In einer interessanten, anregenden und insbesondere vorwärtsweisenden Diskussion wurde andererseits deutlich, dass ein Großteil der Vorschläge der Landtagsfraktion der LINKEN zur Kommunalverfassung nicht berücksichtigt wurde. So z. B. zur Einbeziehung der Bürger hinsichtlich solcher wichtiger Fragen wie Gebietsänderungen, Bürgerbeteiligungen oder die Sozialverträglichkeit beim Anschluss- und Benutzerzwang.

Die Mitglieder der Basisorganisation Hoppegarten dankten Stefan Sarrach für die Möglichkeit des Meinungsaustausches zu diesen wichtigen Fragen der Einflussnahmemöglichkeiten zur weiteren Demokratieentwicklung im Gemeinwesen. Sie bekundeten ihren Willen, ein gründliches Studium der neuen Kommunalverfassung vorzunehmen, damit insbesondere ihre Vertreter in der Gemeindevertretung noch besser in der Lage sind, sich in hoher Qualität in die Belange der Gemeinde einzubringen.

Dieter Lämpe,
Mitglied der BO Hoppegarten

Die unendliche Geschichte des Klubs am See

Entscheidung auf 8. Mai vertagt



Die bisherigen Mühen der inzwischen 18köpfigen Initiativgruppe (s. a. IMPULSE, März, Seite 6), in der alle mitgliederstarken Vereine und Verbände Strausbergs sowie der Betreiber des Klubs am See Frank Nowotka vertreten sind, waren nicht erfolglos. Hat sie doch Beschlüsse von Hauptausschuss und SVV bewirkt, unverzüglich Gespräche mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zu führen und Maßnahmen zum ordnungsgemäßen Betreiben des Klubs einschließlich finanzieller Sicherung einzufordern. Außerdem den Bedarfs an einem multifunktionalen Kulturzentrum in die städtische Planung aufzunehmen, Petitionsbriefe von Bürgermeister, Vorsitzenden von SVV und Hauptausschuss an den Landrat und ggf. weitere Verantwortungsträger in Bund und Land zu schicken. Auf der Beratung Anfang März konnte die Initiativgruppe feststellen, dass es mit der Kraft der Vereine und Verbände sowie der aktiven Hilfe der Lokalpresse gelungen ist, die Notwendigkeit des Klüberhalts zu verdeutlichen und nicht nur eine breite Öffentlichkeit, sondern auch die Stadtverordneten, den Bürgermeister samt Stadtverwaltung sowie den Landrat zu bewegen, eindeutig dafür einzustehen. Doch schon zur nächsten Zusammenkunft am 26.3. wurde klar, dass bisher wenig erreicht werden konnte. Ein gemeinsamer Besuch des Bürgermeisters mit Frank Nowotka in Eilenburg, wo ein gleiches, der Stadt übereignetes, Objekt steht, erwies sich als

nicht vergleichbar, da die Hochwasserschäden der Mulde bereits das ihrige geleistet hatten. Dagegen hat sich Frank Nowotka erfolgreich bemüht, ehrenamtliche Helfer sowie Firmen zu gewinnen, die die den Veranstaltungsbetrieb in Frage stellende, von der Bauaufsicht angemahnte Sicherheitsmängel (Notstromversorgung, Brandmeldeanlage), beheben können. Sein dafür bei der BIMA eingereichter Kostenanschlag war am 26.03. noch nicht beantwortet.

So ist das Schicksal des Klubs am See weiterhin ungewiss. Da noch keine greifbaren Ergebnisse vorliegen, ist das Thema bis zur Stadtverordnetenversammlung am 8. Mai vertagt. Bis dahin soll die von der BIMA, die ihre Teilnahme bereits zugesagt hat, in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie vorliegen.

Um der Sache weiteren Nachdruck zu verleihen, hat sich auch die Initiativgruppe mit einem Brief an die BIMA gewandt.

Es wäre gut, wenn recht viele Bürger zu dieser schicksalsträchtigen Stadtverordnetenversammlung am 8.5.2008 kämen, um ihren Willen zum Erhalt des Klubs zu bekunden.

Gerhard Kreißig

(Dagmar Enkelmann hat die Bundesregierung bereits zweimal zum Schicksal der Immobilie und des Geländes befragt und wird an der Sache auch weiterhin dranbleiben – siehe Rand. d. R.)

Schärfere staatliche Kontrollen nötig

Am 1. April haben viele Brandenburger Versorgungsunternehmen ihre Energiepreise erneut erhöht. Diese Preissteigerungen sind nicht hinnehmbar. So hat allein EWE eine weitere Preissteigerung um 11,5 Prozent angekündigt, während die Gasimportpreise im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent gesunken sind.

Die Fraktion DIE LINKE fordert, die Landesregierung muss endlich für mehr Transparenz bei der Preisgestaltung der Energieversorger sorgen. Die Preiserhöhungen sollten wieder von den Wirtschaftsministerien der einzelnen Bundesländer

genehmigt werden, zumal die Unternehmen gerade im Osten Deutschlands bei Strom- und Gaspreisen am kräftigsten zulangten, während Verbraucherinnen und Verbraucher ordentlich draufzahlen. Energie muss bezahlbar bleiben. In Brandenburg erhöhten sich die Verbraucherpreise laut Amt für Statistik im März 2008 gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent. Ursache waren vor allem gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise von zehn Prozent.

Renate Adolph,
verbraucherpolitische Sprecherin

Klub am See – »Marktrisiko oder –chance«?

MdB Dagmar Enkelmann hatte im März die Bundesregierung schriftlich zum Klub am See befragt: Wie gedenkt der Bund jetzt und in Zukunft mit der in seinem Besitz befindlichen und dringend sanierungsbedürftigen Strausberger Immobilie »Klub am See« und dem dazugehörigen Grundstück umzugehen? Und da die Antwort nicht befriedigend ausfiel, gleich nachgehakt: Welche Nutzungsvarianten für das Gesamtareal »Klub am See« einschließlich Klubgebäude hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der zu erstellenden Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und wann wird das Ergebnis vorliegen?

Karl Diller, Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium antwortete wie folgt: Die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie soll mögliche Nutzungsalternativen mit zugehörigen Marktanalysen, die jeweilige Wirtschaftlichkeit und einhergehende Marktrisiken/-chancen untersuchen. Unter anderem sind Nutzungen als Tagungshotel sowie für Wohnungen zu untersuchen. Um Ergebnisse nicht zu präjudizieren, wurden weitere Vorfestlegungen auf bestimmte Nutzungsvarianten nicht getroffen. Die Studie soll Ende April/Anfang Mai 2008 fertig gestellt werden.

Ausbau der Kinderkrippen in Brandenburg kann starten

Jugendminister Holger Rupprecht (SPD) hat eine Richtlinie zur Vergabe von Bundesmitteln unterzeichnet. Das Geld wird über die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) vergeben. Bund, Länder und Kommunen hatten im vergangenen Jahr vereinbart, bis 2013 bundesweit für rund 35 Prozent der Kinder unter drei Jahre einen Krippenplatz vorzuhalten. Nach Angaben des Jugendministeriums erhält das Land in diesem Jahr 9,9 Millionen Euro für Investitionen. Dieser Zuschuss sinkt bis 2013 auf neun Millionen Euro. Für Betriebskosten bekommt das Land ab 2009 drei Millionen Euro. Diese Summe wird bis 2013 auf 21 Millionen Euro steigen.

Bildung und Förderung in Kitas

Bildungsminister Rupprecht und Landtagsabgeordnete Kaiser vor Ort

Aus dem gemeinsamen Besuch und Gesprächen in Kindertageseinrichtungen im März in meinen Wahlkreisen Rüdersdorf, Petershagen/Eggersdorf und Strausberg wurde deutlich, dass die notwendige Sprachförderung von Kindern in Kindertagesstätten nicht am Personalmangel scheitern darf. Nach der Sprachstandsfeststellung sollten die dafür speziell ausgebildeten Erzieherinnen auch die erforderliche Zeit für die Förderung der Kinder haben, damit diese so früh wie möglich den Anschluss finden und bei der Einschulung nicht von vornherein benachteiligt sind. Aufgrund des zu knapp bemessenen Personalschlüssels ist das generell ein Problem, sobald eine Mitarbeiterin krank wird. In Kitas mit relativ vielen förderbedürftigen Kindern können die Erzieherinnen diesen beim besten Willen nicht gerecht werden. Das belegen u.a. auch die Erfahrungen in den von mir besuchten Kindertageseinrichtungen. Darüber hinaus hält es nicht nur die Linksfraktion im Landtag Brandenburg für erforderlich, den Personalschlüssel für Kindertagesstätten den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen. Bisher berücksichtigt dieser keine Vor- und Nachbereitungszeiten, Leitungs- und Verwaltungsaufwand nur

unzureichend. Ohne entsprechende Verbesserungen ist bedarfsgerechte Sprachförderung in der Kindertagesstätte nicht realistisch.

Um jedoch eine, unabhängige von der sozialen Herkunft der Eltern, nachhaltige Bildung und Förderung für alle Kinder zu verwirklichen, sind weitere strukturelle wie auch inhaltliche Verbesserungen in der Kita notwendig.

Dazu zählen:

- wohnortnahe und ausreichende Plätze in Krippe und Kita
- ganztägige Betreuung und Bildung
- kein Ausschluss von Kindern, weil ihre Eltern aus unterschiedlichen Gründen die Gebühren oder das Essengeld nicht zahlen können
- für Kinder aus sozial benachteiligten Familien Frühstück, eine Mittags- und eine Vespermahlzeit kostenlos

Diese Schwerpunkte waren Gegenstand der Diskussionsrunde mit dem Bildungsminister und Erzieherinnen aus den Kindertagesstätten am 31.3.08 in Petershagen/Eggersdorf.

(P.S. Der Minister hat versprochen, um mehr Geld zu kämpfen!)

Kinder brauchen und verdienen mehr

Kinderarmut steigt

Kinder sind eine selbstständige Bevölkerungsgruppe. Damit haben sie Anspruch auf einen eigenen Anteil an gesellschaftlichen Ressourcen. – Dies ist ein Ergebnis der Konferenz »Von meiner Hände Arbeit möchte ich leben – auch in Potsdam-Mittelmark« von Kreistagsfraktion und Kreisverband dieser Region. Die »Erfinder« von Hartz IV haben in ihrer Berechnung Kinder vergessen, meint Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Daher plädiert sie dafür, »das Existenzminimum von Kindern eigenständig und nicht in Abhängigkeit vom Familieneinkommen abzusichern«. Unterstützt wird die Parlamentarierin von Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er fordert einen für »Kinder angepassten Regelsatz, der ihren spezifischen Lebensbedingungen und Bedürfnissen entspricht.

Auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland wächst Kinderarmut und liegt als Quote momentan bei 10,2 Prozent. Vorrangig sind Kinder in Ostdeutschland, von Alleinerziehenden und Migrationskinder betroffen. Wie wirkt sich diese Armut aus, fragte Diana Golze? Sie ist spürbar als materielle, als soziale und als kulturelle Armut – anders ausgedrückt, die Kinder stehen außen vor. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird erschwert, wird verwehrt. Negative Auffälligkeiten bei den Kindern sind eine Folge dieser permanenten Benachteiligung. So weisen 36 % der armen Kinder ein auffälliges Spiel-, 38 % ein auffälliges Sprach- und 34 % ein auffälliges Arbeitsverhalten auf. Bei nicht armen Kindern sind es jeweils weniger als die Hälfte. Das führt dazu, dass lediglich 69 % der armen Kinder regulär eingeschult

werden im Gegensatz zu 88 % bei den nicht Armen. Ein weiteres Resultat: arme Kindern sind im Vergleich zu nicht armen Kindern häufiger von Rückstellungen und Klassenwiederholungen betroffen. Die Durchschnittsnoten am Ende der Grundschule sind schlechter, der Gang ans Gymnasium ist seltener, der Wechsel an Förder- und Hauptschulen jedoch häufiger und im Resultat ist die schulische/berufliche Prognose eher negativ. Daraus ergeben sich für mich und DIE LINKE Forderungen:

- Kinderrechte in der Verfassung verankern.
- Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe.
- Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung.
- Verbesserung des Qualifikationsniveaus von ErzieherInnen.
- Recht auf Gesundheit im Bürgerlichen Gesetzbuch verankern.
- Mehr Vernetzung zwischen Akteuren des Kinderschutzes.
- Lokale Angebote stärken – Kompetenzen im Kinderschutz bündeln.
- Ermittlung des Bedarfs auf der Basis des Warenkorbs für Kinder.

Abschließend sollen die individuelle und bedarfsorientierte Kindergrundsicherung als soziales Sicherungssystem verankert werden. Die bis dahin durchgeführten Schritte sollen gesetzgeberisch und systematisch zu einem armutsfesten und Teilhabe sichernden sozialen Sicherungssystem zusammengefasst werden. An einem für alle Kinder einheitlichen Kindergeld wird festgehalten. Als Einstieg in eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung eingeführt, die den bisherigen Kinderzuschlag ersetzt und der dauerhaften Armutsverhinderung von Kindern dient. Sie wird als individueller Anspruch des Kindes ausgestaltet und ersetzt alle bisherigen kindbezogenen staatlichen Transferleistungen außer des Kindergeldes.

MdB Diana Golze

Die Lüge ist eine Himmelsmacht

Oder – was Rentenerhöhung wirklich heißt?

Himmel ist Überbau. Stellen Sie sich mal vor, Sie liegen in einem Himmelbett, auf einer Matratze, die wir sinnigerweise mal ökonomische Basis der Gesellschaft nennen wollen, und glotzen so in die Höhe, in den Himmelbett-Himmel gewissermaßen, den ideologischen Überbau der Gesellschaft also. Die Teilnehmer am Parteilehrjahr wissen, wovon ich rede. Und was sehen Sie da? Richtig! Die Bildzeitung, die Frau vom Checkpoint Charlie, Florian Silbereisen und olle Beck, Stefan Raab und Angela Merkel. Die ganze Galerie von Gehirnwäschern eben, die uns die Welt so erklären, wie sie in Wirklichkeit nicht ist. Goethe hat einmal gesagt: »Die Menschen werfen sich im Politischen wie auf dem Krankenbett von einer Seite auf die andere. Weil sie glauben, dann besser zu liegen.« Sehen Sie, wenn Sie als Niedriglöhner, Hartz-IV-Empfänger oder Rentner Matratzenprobleme haben, also in Schwierigkeiten mit der ökonomischen Basis sind, dann kommt die Kraft des Überbaus ins Spiel und redet Ihnen ein, dass Sie sich besser bescheiden und ruhig verhalten sollten.

Glauben ist ja schon immer leichter als Denken gewesen, und das menschliche Gehirn ist glücklicherweise schmerzempfindlich, da kommt eins zum anderen. Lügen – das ist jedenfalls meine Erfahrung – halten die Welt zusammen. Je schwächer das System, um so mehr muss gelogen und geschwindelt werden. Und unser System ist ganz schön schwach auf der Brust. Lügen spielen im wiedervereinigten Deutschland eine staatstragende Rolle. Ohne Lüge kein Afghanistankrieg, kein Unrechtsstaat DDR, keine Agenda 2010. Die Herstellung der deutschen Einheit – eine einzige Lügengeschichte. Mit der friedlichen Revolution 1990 wollten die Osis gute Kapitalisten werden, aber erstens gibt es keine guten Kapitalisten und zweitens waren die Stellen alle schon besetzt. Träumten sie früher von einer besseren DDR, träumten sie heute von einer besseren BRD. Mit Reformlügen hält der soziale Unfrieden an allen Fronten mit unverminderter Stärke an. Mit der Staatsbürokratie und den Jobcentern sind wir in

eine Erpresserdiktatur geraten. Sie hat es geschafft: In der Bundesrepublik leben heute mehr Menschen in Unfreiheit als in der DDR. Ich will hier gar nicht auf DDR-Nostalgie machen, aber ich bin auch nicht bereit, den ganzen Wald abzuholzen und das Echo stehen zu lassen. Kennen Sie zum Beispiel den Unterschied zwischen einer Rentenerhöhung und einer Mieterhöhung? Ganz einfach, bei einer Mieterhöhung müssen Sie mehr Miete bezahlen, bei der Rentenerhöhung gibt es weniger Rente. In einem Frühlingsaufsatz eines Schülers konnte man dieser Tage lesen: »Die Vögel singen, die Bäume schlagen aus, die Veilchen blühen und selbst die Großmutter ist in guter Hoffnung.«

Auch die Hoffnung lügt, denn Oma stehen mit der Erhöhung der Rente, des Pflegeversicherungssatzes und der Inflationsrate ab 1. Juli weitere beträchtliche Einnahmeverluste ins Haus. Aber was sagt der Überbau? Der rapide steigenden Lebenserwartung der Bürger kann nur mit ebenso rapide sinkenden Renten wirksam begegnet werden. Sterben muss sich wieder lohnen! Wenn der Pessimist sagt, die Lage in Deutschland sei so beschissen, dass es gar nicht weiter bergab gehen kann, bleibe ich Optimist. Ich sage: Oh doch! In Lenins »Staat und Revolution« habe ich jetzt gelesen, »Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren.« Da wird mir schlagartig klar, wir stecken mitten in der Revolution. Und die Moral von der Geschichte?

1. Früher galten Wahrheiten bis in alle Ewigkeit, heute nur noch bis Redaktionsschluss.
2. Es geht erst wieder aufwärts, wenn wir den Versprechungen der Regierenden keinen Glauben mehr schenken.

Oder wissen Sie, warum selbst bei offensichtlichem Betrug immer wieder die gleichen Politiker gewählt werden?

Kopf hoch! Nur Fledermäuse lassen sich hängen! Bleiben Sie frisch und munter.

Ihr Walter Müller

In Memoriam

8. Mai 1945

»An meine Landsleute«

Ihr, die ihr überlebtet in
gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich mit
euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege
nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht
gelanget hätten:
Ich bitt euch, habet mit
euch selbst Erbarmen!
Ihr Männer, greift zur Kelle,
nicht zum Messer!
Ihr säfet unter Dächern
schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer
nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt
es sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle,
nicht zum Messer!
Ihr Kinder, daß sie euch mit
Krieg verschonen
Müßt ihr um Einsicht eure
Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht
in Ruinen wohnen
Und nicht das leiden,
was sie selber litten:
Ihr Kinder, daß sie euch
mit Krieg verschonen!
Ihr Mütter, da es euch
anheimgegeben
Den Krieg zu dulden oder
nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasset eure
Kinder leben!
Daß sie euch die Geburt
und nicht den
Tod dann schulden
Ihr Mütter, lasset eure
Kinder leben!

Bertolt Brecht

Lesenswert:

Hans Modrow in historischer Mission – Als deutscher Politiker unterwegs

Auf den ersten Blick schien mir der Titel etwas hoch gegriffen. Was wird heute nicht alles mit dem Adjektiv »historisch« belegt?

Im Nachhinein halte ich Titel und Untertitel der Erinnerungen von Hans Modrow nicht nur für angemessen sondern auch für treffend. Immerhin hat sich Modrow über ein halbes Jahrhundert in unterschiedlichen Funktionen, auf verschiedenen Ebenen, in der DDR, in der vergrößerten BRD und im internationalen politischen Leben für ein großes Ziel eingesetzt: die Welt zu verändern, zu bessern, sie friedlicher und menschlicher zu machen und dem Wohle der arbeitenden Menschen zu dienen. Oskar Lafontaine nennt ihn in seinem Vorwort zum Buch achtungsvoll ein »politisches Urgestein«.

Ich muss gestehen, dass mich die Erinnerungen dieses Urgesteins von der ersten Seite an gefesselt haben. Nicht nur, weil sie Ereignisse und Persönlichkeiten wieder vor Augen führen, die im Laufe der jüngsten Geschichte eine Rolle gespielt

haben, sondern vor allem auch, weil im Rückblick mit großer Ehrlichkeit Wertungen getroffen, Sichten und Zusammenhänge dargestellt und persönliche Eindrücke wiedergegeben werden, die unser eigenes Handeln bestätigen und uns neue Einsichten erschließen.

Beeindruckend auch, wie der Ex-Ehrenvorsitzende der PDS einräumt, sich in bestimmten Dingen geirrt oder eine falsche Einschätzung getroffen zu haben. Mir scheint es zum Beispiel doch ein weiter und schwerer Weg der Erkenntnis, wenn er M. Gorbatschow heute als Lügner und Betrüger bezeichnet.

Sehr interessant – besonders unter dem Eindruck der konzertierten Aktionen imperialistischer Kräfte gegen die VR China im Zusammenhang mit den Ereignissen in Tibet – finde ich auch die Gedanken Modrows zu China, Vietnam oder den sozialen Bewegungen Lateinamerikas.

F. Schneider



**LINKE-Bürgerbüros
der Abgeordneten**

■ **Dagmar Enkelmann – MdB**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

■ **Kerstin Kaiser – MdB**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

■ **Wolfgang Heinze – MdB**
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

■ **Gerlinde Stobrawa – MdB**
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

■ **Renate Adolph – MdB**
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de
www.adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

■ **STRAUSBERG**
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
info@dielinke-mol.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

■ **SEELOW**
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

■ **BAD FREIENWALDE**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66

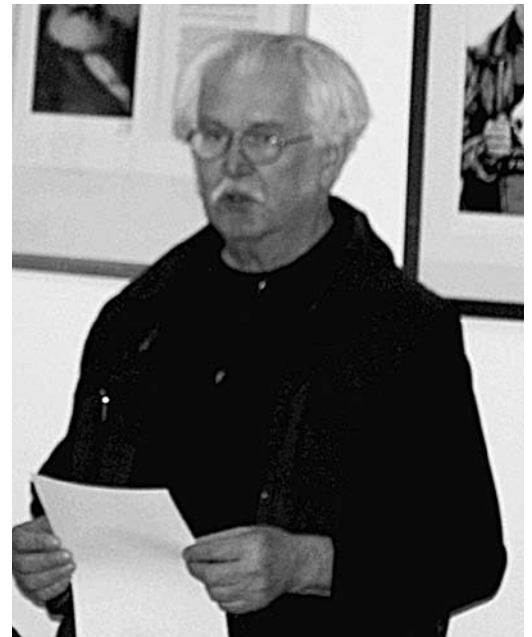
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Marx und der Humor

Ende März eröffnete Dagmar Enkelmann im Strausberger LinksTreff am Tor eine Karikaturenausstellung zu Karl Marx mit Arbeiten aus dem jüngst im Eulenspiegelverlag erschienenen Bildband »Grüß Gott! Da bin ich wieder!«.

Am 5. Mai jährt sich der Geburtstag des großen deutschen Denkers immerhin zum 190sten Mal und doch wurde er in einer bundesweiten Umfrage Dritter in der Rangfolge der wichtigsten Deutschen. Die Aktualität seiner Gesellschaftskritik trägt dazu maßgeblich bei. Ein Genie wie Marx lässt sich nicht tot schweigen.

Die Herausgeber des Buches, Prof. Dr. Ralf Hecker und der Kulturwissenschaftler und Sammler Hans Hübner (siehe Foto), enthüllten dem Publikum im völlig überfüllten Ausstellungsraum mit Anekdoten, Hintergrundwissen und »Klatsch und Tratsch« viele unbekannt Seiten der Familien Marx und Engels und trugen so zu einer kurzweiligen Veranstaltung bei. Die Idee zum Karikaturenband hatte der Japaner Shunichi Kubo, Herausgeber der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe). Nach zweieinhalb Jahren Arbeit, akribischer Suche und der Erschließung weltweiter Quellen ist ein Werk mit über 600 Karikaturen entstanden, dessen historische Wurzeln bis 1843 reichen und das augenzwinkernd Welt und Geschichte betrachtet. Namen wie Barbara Henniger, Herluf Bidstrup, Bernhard Heisig, Werner Tübke, Heinrich Zille, John



Heartfield und Manfred Bofinger sprechen für sich. Rainer Schwalm, selbst ein unruhiger suchender Geist, gestaltete den Einband. Eine japanische Ausgabe ist in Vorbereitung.

Noch bis zum 10. Mai im LinksTreff. Eine weitere Lesung ist am 13. Mai im Wahlkreisbüro Bernau.

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN MAI / JUNI 2008

1.5., 14 Uhr:
Schöneiche, Kulturgießerei, An der Reihe 5: OFFEN GESAGT – Daniela Dahn liest aus ihrem Buch »Demokratischer Abbruch«

4.5.:
KSC, Strauspokal im Bogenschießen, Bogensportanlage neben der Energiearena

4.5., 14 Uhr:
Kirche Garzin: Frühjahrsingen mit dem Kleinen Klubchor des KSC

8.5.: 63. Jahrestag der Befreiung (siehe Seite 1)

18.5., 10 Uhr:
OFFENE WORTE: Dagmar Enkelmann mit Klaus Feldmann im Gespräch; Bernau, Treff 23

24.5., 10 Uhr:
2. Lauf gegen Rassismus in Neuenhagen

27.5., 19 Uhr:
Gregor Gysi im Bürgerhaus, Neuenhagen

29.5., 18 Uhr:
Stadtfraktion Strausberg: »Gesundheitsförderung unserer Kinder und Jugendlichen durch sportliche Betätigung – was ist erreicht, wo liegen in unserer Stadt Reserven?«, mit Prof. Dr. sc. Med. Gerda Niebsch; Obermedizinalrätin, Fachärztin für Sozialhygiene (Fredersdorf) und Jan Schröder, Vizepräsident Brandenburgischer Judoverband, Stadtverwaltung Strausberg, Hegermühlenstraße 58

13.–15.6.: Fest der LINKEN + 50. Pressefest ND, Berlin, Kulturbrauerei

14.6., 15.00 Uhr: Gesamtmitgliederversammlung – siehe Seite 2

22.6., 10 Uhr: OFFENE WORTE: Dagmar Enkelmann mit Dagmar

Frederic im Gespräch; Bernau, Treff 23

31.5., 10–15.30 Uhr:
»Die LINKE und die Kommune – wie ökologisch und sozial kann sie sein!«, Konferenz der LINKEN MOL, u. a. mit Dr. D. Enkelmann; Prof. Dr. W. Methling, MV; Dr. Kirsten Tackmann (MdB)



IMPULSE

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE-MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich

vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel, 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 21. April 2008

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341 · 30 94 05 · info@slc-gmbh.de